

Antrag

der Fraktion der CDU

Entschließung

zu den Gesetzentwürfen der Landesregierung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987 (Haushaltsgesetz 1987)

Drucksachen 10/1250, 10/1470 und 10/1540

in Verbindung damit

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1987 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1987)

Drucksachen 10/1252 und 10/1540

hier: Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
- Bereich Stadtentwicklung und Wohnen -

Mit großer Sorge stellt der Landtag fest, daß die Arbeitslosigkeit in der Bauindustrie und im Bauhandwerk in Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich hoch ist. Dies ist auf die Kürzung der Städtebau- und Wohnungsbauförderungsmittel sowie auf den zögerlichen Abfluß der Bauinvestitionsmittel zurückzuführen.

Der Landtag stellt fest, daß die Landesregierung nicht in der Lage war, die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen. Durch die Kürzung der Bauinvestitionsmittel durch das Land ist die Landesregierung in hohem Maße mitverantwortlich für die schwierige Beschäftigungslage am Bau in Nordrhein-Westfalen.

Im Bereich der Stadterneuerung kürzte das Land im Jahre 1986 die Mittel für Stadterneuerungsprogramme mit ausschließlicher Landesförderung um 152 Mio DM. Nach dem vorliegenden

Datum des Originals: 11.12.1986/Ausgegeben: 15.12.1986

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987 sollen im nächsten Jahr die Stadterneuerungsprogramme mit ausschließlicher Landesförderung um 158 Mio DM gekürzt werden. Damit unterläuft das Land die Bemühungen des Bundes, die Beschäftigungslage in der Bauwirtschaft entscheidend zu verbessern.

Der Bund hat seine Städtebauförderungsmittel in den Jahren 1986 und 1987 verdreifacht und von den Ländern erwartet, daß sie ihre Stadterneuerungsprogramme mit ausschließlicher Landesförderung unverändert beibehalten würden. Die Länder sollten darüber hinaus im Rahmen des Bund-Länder-Programmes die Mittel für die Stadterneuerungsmaßnahmen verdoppeln.

Durch die Kürzungen der Stadterneuerungsmittel des Landes für Programme mit ausschließlicher Landesförderung in Höhe von 310 Mio DM sind unter Hinzurechnung des Gemeindeanteils von 20 Prozent und unter Berücksichtigung der privaten Bauaufträge, die durch Stadterneuerungsmaßnahmen ausgelöst werden, Bauinvestitionsmittel von mehr als 1 Mrd. DM in den Jahren 1986 und 1987 blockiert worden.

Im Bereich der Wohnungsbauförderung veröffentlichte die Landesregierung noch wenige Monate vor der Landtagswahl im Mai 1985 das mehrjährige Wohnungsbauprogramm, das für die Jahre 1986 und 1987 die Förderung von jeweils 21 620 Wohnungen vorsah. Nach der Landtagswahl beschloß die Landesregierung das Wohnungsbauförderungsprogramm 1986 mit einer Förderung von zunächst insgesamt 14 838 Wohnungen. Gegenüber der Aussage vor der Landtagswahl 1985 war dies eine Kürzung von rund 6 800 Wohnungen. Aufgrund der hohen Rückzahlungen der Wohnungsbauförderungsmittel war die Landesregierung vor wenigen Wochen gezwungen, das Wohnungsbauförderungsprogramm zu erhöhen. Gleichwohl bleibt es bei der erheblichen Kürzung der Wohnungsbauförderungsmittel sowohl gegenüber 1985 als auch gegenüber den Aussagen des mehrjährigen Wohnungsbauprogramms für die Jahre 1986 und 1987. Damit hat die Landesregierung gegen ihre eigene Aussage verstoßen, mit dem mehrjährigen Wohnungsbauprogramm die Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft zu sichern.

Der Landtag lehnt Kürzungen von Investitionsmitteln im Baubereich ab. Er rügt die Unfähigkeit der Landesregierung, die Haushaltsmittel zügig in Bauaufträge umzusetzen, um so einen wichtigen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft zu leisten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze der Bauarbeiter zu einer verlässlichen Bauinvestitionspolitik zurückzufinden.

Dr. Worms
Doppmeier
Brunhild Decking-Schwill
Jaeger
Knefelkamp
Püll
Soénius

und Fraktion